

Aktions-Radltour vom 28. Juli – 6. August 2005: 60 Jahre Hiroshima.

Nach wie vor sind 30.000 Atomwaffen weltweit stationiert, knapp 7000 sind in ständiger Alarmbereitschaft. Nach wie vor belasten die Folgen der Atomwafferversuche die Atmosphäre, nach wie vor werden Kernwaffenversuche unternommen. In Ramstein und Büchel in Rheinland-Pfalz lagern mindestens 65 US-Atombomben. Deutschland verfügt über die Urananreicherungstechnik, über Tonnen von Plutonium und über Trägermittel für Atomwaffen. Deutschland ist Atommacht auf Abruf. Dagegen ist unser Ziel: Eine Welt ohne Atomwaffen bis 2020!

Die Aktions-Radltour „Auf Achse für Frieden“

- > wirbt für Schritte zur Abrüstung und eine zivile Außen- und Sicherheitspolitik
- > wirbt für die Idee einer atomwaffenfreien Zone in Europa, für die Beendigung der atomaren Rolle der Tornado-Kampfbomber der Luftwaffe, für den Abzug der US-Atombomben aus Deutschland, für den Stop der Entwicklung neuer Trägerwaffen für Atomsprengköpfe.
- > wendet sich gegen die Ausstattung einer EU-Armee mit Kernwaffen.
- > wirbt für und beteiligt sich an der „Nacht der Hunderttausend Kerzen“ (5./6.8.), um den Opfern der Atombomben zu gedenken und um Bewußtsein für die Notwendigkeit einer atomwaffenfreien Welt zu schaffen.
- > sucht Bürgermeister auf, die sich der Initiative „Mayors for Peace“ angeschlossen haben (Augsburg, Tübingen, Engstingen);
- > sucht das Gespräch mit Menschen, die von Rüstungsproduktion und Militär abhängig sind, u.a. bei Diskussionsveranstaltungen und bei gewaltfreien Aktionen vor Werkstoren von Betrieben von EADS;
- > sucht Bundeswehrstandorte und konvertierte Militärf Flächen auf (z.B. die Solaranlage in Hemau)

Rüstungskonversion (Umstellung der Rüstungsindustrie)

Die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hat kein persönliches Interesse an und keinen Vorteil von Rüstung und Militär. Mit einer Umverteilungspolitik zugunsten des Sozialbereichs, zugunsten von Bildung, Infrastruktur und nachhaltiger Energieversorgung kann der Staat mehr Arbeitsplätze finanzieren als durch Ausgaben für Militär und Rüstung. Friedenspolitik soll aber nicht zu Lasten der Beschäftigten durchgesetzt werden. Die Rüstungsindustrie ist technisch in der Lage, nützliche zivile Güter herzustellen. Impulse für andere Produkte müssen aus den Belegschaften kommen. Die Politik muß klare Rahmenbedingungen vorgeben, z.B. durch eine Senkung des Rüstungshaushaltes um jährlich 5% !

Herausgeber: Deutsche Friedensgesellschaft- Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, LV Bayern und Baden-Württemberg, in Zusammenarbeit mit dem H-M-V-Bildungswerk und den Jugendclubs Courage in der DFG-VK Bayern. Wir bitten um Spenden - Konto No 88 340 00 bei der Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 700 205 00. Konzept, Text, Gestaltung und V.i.S.d.P.: Th. Rödl c/o DFG-VK, Schwanthalerstr. 133, 80339 München

Abrüstung statt Sozialabbau!



Hier wird verschwendet!

Kosten ausgewählter Waffensysteme, geplante Ausgaben 2003 - 2014:

Militär.Satelitensystem SATCOM	0,820 Mrd. •
Transporthubschrauber NH 90	5,157 Mrd. •
Neue Fregatte F 124/125	2,100 Mrd. •
U-Boot U-212	1,616 Mrd. •
Eurofighter	24,500 Mrd. •
Kampfhubschrauber Tiger	3,142 Mrd. •
Transport-Airbus A 400 M	8,330 Mrd. •
Gesamt ca.	45,665 Mrd. •

Hier wird gespart!

geschätzte Kürzungen pro Jahr:

Renten	1,6 Mrd. •
Praxisgebühr, Zahnersatz, Medikamente und Heilmittel, Fahrtkosten für Kranke	20,0 Mrd. •
Sozialhilfe statt Arbeitslosenhilfe	5,3 Mrd. •
Gesamt ca.	26,9 Mrd. •

Die DFG-VK fordert:

- * Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- * Eine deutliche Verkleinerung der Bundeswehr und die Abschaffung der Wehrpflicht
- * Abzug aller Atomwaffen aus der BRD
- * Kürzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5% jährlich
- * Keine Rüstungsexporte
- * Förderung ziviler Konfliktbearbeitung und der Friedensforschung mit 500 Mio. Euro jährlich.

SCHRITTE
ZUR ABRÜSTUNG

Ich unterstütze die Forderungen

Ich will mehr Informationen über die Kampagne „Schritte zur Abrüstung“

Fakten und Argumente

Wenn der Staat Steuermittel für soziale Bereiche ausgibt, so sind dies zu über 90% Löhne und Gehälter. Bei der Beschaffung von Waffen wird weniger als die Hälfte der Ausgaben für Löhne und Gehälter verwendet. Der Aufwand für Arbeitsmittel, Rohstoffe und Energie ist sehr hoch, dazu kommt noch der Gewinn für die Unternehmen. Ginge es nur um die Schaffung von Arbeitsplätzen, müssten LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, SteuerfahnderInnen und Pflegekräfte usw. finanziert werden. Deutschland finanziert Militär als Mittel der Machtpolitik, nicht um Arbeitsplätze zu schaffen.

Rüstungsarbeitsplätze- teuerste Arbeitsplätze !

Eine Gymnasiallehrerin kostet Arbeitgeberbrutto ca. 52 000 • im Jahr



Ein Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie kostet dem Steuerzahler ca. 130 000 • im Jahr



1 Eurofighter kostet 108 Mio • - das entspricht 2300 Jahresgehältern für ErzieherInnen



1 U-Boot 212 A kostet 460 Mio • - das entspricht 10000 Jahresgehältern für AltenpflegerInnen



1 Fregatte 124 kostet 762 Mio • - das entspricht 14000 Jahresgehältern für LehrerInnen



Senden Sie den Rückmeldeabschnitt an die DFG-VK, oder schicken Sie uns eine Mail: muenchen@dfg-vk.de oder ba-wue@dfg-vk.de, oder bestellen Sie Materialien über die Homepage www.schritte-zur-abrustung.de

Absender:

Name

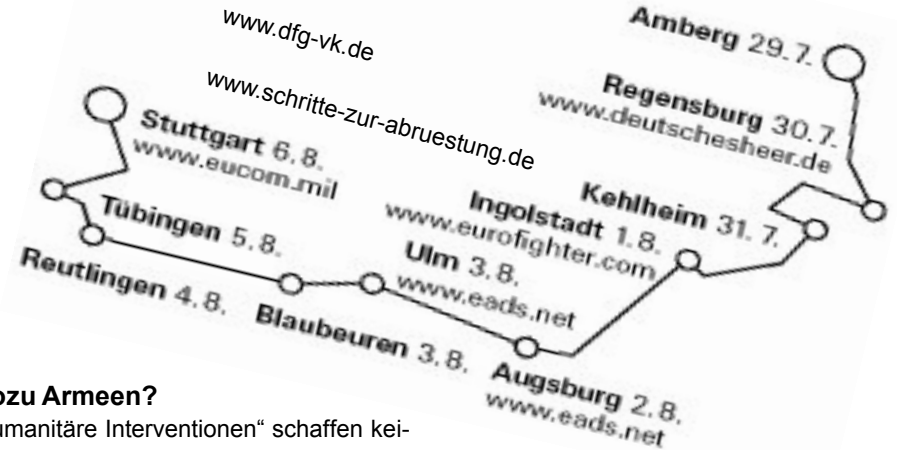
Adresse

Funktion/Organisation

**An die DFG-VK Bayern
Schwanthalerstr. 133
80339 München**



Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa!



Wozu Armeen?

„Humanitäre Interventionen“ schaffen keinen Frieden! Die Eroberung von Ölquellen war ein Fehlschlag! Terroranschläge können mit militärischen Mitteln nicht verhindert werden!

Nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung ist für die Auslandseinsätze der Bundeswehr! (Nach einer Studie des sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr).

Aufrüstung ist Geldverschwendung!

Jeder Euro für Waffen und Militär fehlt bei der notwendigen Umstellung unserer Energieversorgung auf erneuerbare Energien und bei der Bewältigung unserer sozialen Aufgaben.

Auch Du zahlst für Aufrüstung und Bundeswehr!

weitere Infos: www.dfg-vk.de
www.schritte-zur-abrustung.de



Frieden durch Abrüstung bedeutet:

Keine Umrüstung der Bundeswehr zur Angriffarmee! Kein Export von Waffen und Militärtechnik!

Immer weniger Mittel für Waffenbeschaffung! Immer weniger Soldaten und Zivilangestellte bei der Bundeswehr!

Deutsche Friedensgesellschaft-
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

